

## 16. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

#### des Abgeordneten **Özcan Mutlu (Bündnis 90/Die Grünen)**

vom 15. September 2008 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. September 2008) und **Antwort**

#### **Gesunde Schulverpflegung für alle Berliner SchülerInnen**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welche konkreten Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um den Ernährungsstatus bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus zu verbessern?

Zu 1.: In den Bereichen Kita und Schule wurden umfassende Maßnahmen ergriffen, von denen alle Kinder profitieren.

Dazu gehören:

- das Programm „Gute gesunde Schule und Kita“,
- die Einrichtung einer Vernetzungsstelle Schulverpflegung und
- die Subventionierung des Schulessens.

Die Vernetzungsstelle Schulverpflegung Berlin e.V. hat 2005 die zweite, überarbeitete Auflage der Berliner Qualitätskriterien für Schulverpflegungsangebote vorgelegt.

Nach Abschluss der „Qualitätsvereinbarung Tageseinrichtungen“ sind die Träger von Kitas seit 2006 verpflichtet, in ihren Kitas eine qualitativ hochwertige Mittagversorgung zu gewährleisten, die physiologisch ausgewogen sein und den Ernährungsbedürfnissen der unterschiedlichen Altersstufen entsprechen soll. Den Kindern soll täglich frisches Obst und Gemüse angeboten werden und eine ausreichende Versorgung mit kalorienarmen Getränken soll während des gesamten Tagesablaufs gewährleistet sein.

Das Land Berlin wendet derzeit 12.004.788 € pro Jahr für die Subventionierung des Mittagessens für Schüler/innen und Schüler im offenen Ganztagsbetrieb auf. Für den gebundenen Ganztagsbetrieb sind im laufenden Haushalt pro Jahr 3.787.000 € für das Mittagessen bereitgestellt worden. Für den Härtefallfonds Mittagessen sind 413.000 € an die Bezirke ausgereicht worden. Insgesamt stehen für das Schulmittagessen 16.204.788 € im Jahr bereit.

2. Wie viele Kinder nehmen am Schulessen teil, und wie hoch ist der Anteil an Kindern von ALG-II-EmpfängerInnen?

Zu 2.: Eine Essensversorgung existiert an allen Grund- und Gesamtschulen. Der Berechnung der o.g. Finanzierung sind die Prognosezahlen für das Schuljahr 2007/2008 zu Grunde gelegt worden. Die tatsächlichen Zahlen aller am Schulessen teilnehmenden Kinder können erst am Ende des Haushaltsjahres 2008 festgestellt werden, wenn die Bezirke die Zahlen an die Senatsverwaltung für Finanzen melden. Der Anteil an Kindern von ALG II - Empfängern wird nicht gesondert erhoben.

3. Welche Initiativen hat der Senat eingeleitet, um die Bezirke zu einer gesundheitsfördernden Schulverpflegung zu bewegen?

6. Was tut der Senat dafür, dass die einzelnen Schulträger vor Ort das Ziel einer gesunden Schulverpflegung nachhaltig verfolgen?

7. Welche Unterstützung bietet der Senat den Eltern, Schulen und Schulträgern an?

Zu 3., 6. u. 7.: Die Bezirke sind sich ihrer Verantwortung für die Gesundheit der Kinder bewusst. Alle eingeleiteten Maßnahmen werden in Kooperation zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung und den Bezirken durchgeführt.

Zu den unterstützenden Angeboten zählen:

- die „Berliner Qualitätskriterien“ für Schulverpflegung (2003/2005), erstellt in Kooperation mit der AOK Berlin und der Vernetzungsstelle Schulverpflegung Berlin e.V.,
- das vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMVEL) im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau geförderte Modellvorhaben „Gesunde Schulverpflegung an Berliner Ganztagschulen“ (2004 - 2005),

- das Angebot der von der Vernetzungsstelle Schulverpflegung Berlin e.V. organisierten und moderierten AG „Ausschreibungen“ für Schulträger,
- Qualitätsstandards (Berliner bzw. der Deutschen Gesellschaft für Ernährung) als Orientierungsrahmen,
- Flyer „Tipps zur Pausenverpflegung“.

4. Ist dem Senat die KIGGS-Studie des Robert Koch-Instituts bekannt, die besonders häufig Übergewicht bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus und mit Migrationshintergrund belegt?

Zu 4.: Ja.

5. Wenn ja, welche Konsequenzen zieht der Senat aus den Ergebnissen der KIGGS-Studie für Berlin?

Zu 5.: Der Senat verstärkt seine Bemühungen um die Verbesserung des Ernährungsverhaltens der Kinder und Jugendlichen durch das für alle Grundschulen zur Verfügung gestellte subventionierte Mittagessen. Darüber hinaus werden an vielen Schulen Projekte zur gesunden Ernährung durchgeführt (z.B. Klasse 2000, „5 am Tag“).

8. Was unternimmt der Senat, um die aktuellen Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für die Schulverpflegung zu unterstützen, und liegen dem Senat Informationen darüber vor, wie Schulträger und Schulaufsicht die Einhaltung der Regelungen in den Schulen kontrollieren?

10. Welchen gesundheitlichen Stellenwert misst der Senat Schulmilchprodukten angesichts der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für die Schulverpflegung und den Ergebnissen der Nationalen Verzehrstudie bei?

Zu 8. und 10.: Mit dem Projekt „Netzwerk Ernährung in Kita und Schule“ sollen im Land Berlin die neuen Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) für die Verpflegung in Kitas und Schulen den Entscheidungsträgern und verantwortlichen Akteuren bekannt gemacht und in die Leistungsverzeichnisse der Caterer implementiert werden.

Berlin hat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz einen Antrag im Rahmen des Nationalen Aktionsplan zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängende Krankheiten (NAP-inform) zur Förderung der Vernetzungsstelle Schulverpflegung eingereicht.

Kitas und Schulen sollen im Rahmen der Angebote der Vernetzungsstelle Schulverpflegung bei der Gestaltung eines gesundheitsförderlichen Verpflegungsangebotes unterstützt werden. In diesem Sinn soll die Schulverpflegung Teil der Ernährungs- und Verbraucherbildung werden und sich an aktuellen Bildungszielen,

Kerncurricula und Kompetenzmodellen (vgl. Modellprojekt des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz „Reform der Ernährungs- und Verbraucherbildung in Schulen /REVIS“) orientieren.

9. Welche Qualitätssicherungssysteme bietet der Senat den Schulträgern an, die auch die ernährungsphysiologische Ausgewogenheit der Schulspeisen garantieren?

11. Wer kontrolliert mit welcher Frequenz die Qualität der Schulverpflegung in den Schulen?

12. Welche Ergebnisse/Erkenntnisse haben diese Untersuchungen/Kontrollen in den letzten fünf Jahren gebracht, und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?

Zu 9., 11. und 12.: Die Kontrolle der Einhaltung der Hygienevorschriften durch die Caterer liegt bei den Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämtern (durchschnittlich wird jede Ausgabestelle ein Mal pro Jahr überprüft). Erkenntnisse, die zu Konsequenzen wie z.B. der Schließung eines Betriebes geführt hätten, sind nicht bekannt.

Die Qualitätskontrolle liegt in der Verantwortung der einzelnen Schule. Zu ihrer Unterstützung dienen die in der Antwort zu 3., 6. und 7. genannten Angebote.

Für den Bereich Kita wird auf die in der Antwort zu 1. erwähnten „Qualitätsvereinbarung Tageseinrichtungen“ verwiesen.

13. Wie fördert der Senat Familienbildung und Elternkompetenzen beim Schwerpunkt Gesundheitsprävention, gesunder Ernährung und Bewegung?

Zu 13.: Das Land fördert 15 Familienbildungsprojekte Freier Träger. Die Mehrzahl dieser Projekte wendet sich gezielt mit Angeboten an Familien mit Säuglingen und Kleinkindern. Zu den Angeboten, die auf Bewegungsförderung im weitesten Sinne zielen, gehören beispielweise Prager-Eltern-Kind-Gruppen (Pekip), Eltern-Kind-Turnen, eine Vielzahl von unterschiedlichen Bewegungskursen für die Altersgruppen der 1 - 2 jährigen oder 3 - 6 jährigen Kinder mit ihren Eltern, spielerische Bewegung für Kinder und ihre Eltern. In der Regel sind diese Angebote verknüpft mit Gesprächen über die Besonderheiten der kindlichen Entwicklung (auch bezogen auf Entwicklung der Motorik).

Darüber hinaus informieren die Träger meist in Kooperation mit Kitas im Rahmen von Elternabenden, Informationsveranstaltungen oder bei Festen über gesunde Ernährung oder führen praktische Übungen durch, indem sie vor Ort mit Eltern und Kindern kochen.

Da in Berlin nahezu alle Kinder vor der Einschulung eine Kita besuchen, sind gerade diese Einrichtungen besonders geeignet, um sehr viele Kinder und ihre Eltern für gesundheitsförderliche und präventive Themen zu erreichen. Diese besondere Chance haben viele Kitas erkannt und bieten auf unterschiedliche Zielgruppen und Altersstufen bezogene gesundheitsfördernde Projekte an.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere das Pilotprojekt „Kitas bewegen - Die gute gesunde Kindertagesstätte“ hervorzuheben, das ein Teilprojekt des Landesprogramms „Gute gesunde Kitas und Schulen“ ist. Am zweiten Teilprojekt „Gute gesunde Schule“ beteiligen sich aktuell ca. 90 Schulen aus fünf Bezirken. Es ist vorgesehen, das gesamte Programm auf alle Bezirke auszuweiten.

Ziel ist es, die gesundheitliche Situation aller am Kita- und Schulleben Beteiligten zu verbessern und zugleich Kita und Schule in die Lage zu versetzen, ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag besser wahrnehmen zu können. Vertragspartner des Kita-Projektes sind neben der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung die Bertelsmann Stiftung, die AOK und das Bezirksamt Mitte. Es beteiligen sich fünf Träger mit insgesamt 15 Kitas, erreicht werden rund 2000 Kinder. Das Projekt läuft seit 2007 bis Mitte 2012. Es ist vorgesehen, es auch auf andere Bezirke zu übertragen.

14. Wie unterstützt der Senat die fächerübergreifende Einführung der Unterrichtsinhalte Gesundheit, gesunde Ernährung, Bewegungsförderung und innovative Hauswirtschaft auch in Aus- und Fortbildung von Lehr- und Erziehungskräften?

Zu 14.: Zukünftige Lehrerinnen und Lehrer werden im Rahmen der Lehrerbildung mit den in § 3 Abs. 2 und 3 des Schulgesetzes von Berlin formulierten Zielen (u.a. Freude an der Bewegung und am gemeinsamen Sporttreiben zu entwickeln sowie Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen und die Freizeit sinnvoll zu nutzen) praxis- und situationsbezogen vertraut gemacht.

Berlin, den 22. Oktober 2008

In Vertretung

Eckart R. Schlemm  
Senatsverwaltung für Bildung,  
Wissenschaft und Forschung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Novemb. 2008)